

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 34

Duisburg, den 22. August 1925

26. Jahrgang

Endlich die Wahrheit!

Heinrich Kreis.

Die Unternehmerpresse ereifert sich seit der Marktstabilisierung gegen „anhaltende Lohnforderungen“ der Arbeiterschaft. Die Unternehmerverbände bombardieren die Behörden mit Eingaben und Denkschriften über die üblen Auswirkungen der lohnpolitischen Vertätigung der Gewerkschaften und appellieren an das Verantwortungsgefühl von Behörden und Arbeitgeberorganisationen. Raum eine Tagung eines Unternehmerverbandes vergeht, in der nicht über die unverantwortliche Steigerung der Löhne gesprochen wird. Die Schwerindustrie gibt hierbei den Ton an, die übrigen folgen nach. In Düsseldorf tagte am 4. August der „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, wobei der Vorsitzende Dr. Meusch über „Die Sorgen der Wirtschaft“ sprach. Er führte dabei unter anderem aus:

„Im Lohnwesen haben wir seit Anfang vorigen Jahres Steigerungen zu verzeichnen, die an die Inflationszeit erinnern. Die Vorkriegslöhne sind längst überschritten; meistens gehen die jetzigen Löhne in ihrer Kaufkraft weit über die Vorkriegslöhne hinaus. Solange die Zwangswirtschaft im Lohnwesen nicht verschwindet, können wir nicht gesund.“

Die jetzigen Löhne sollen also in ihrer Kaufkraft weit über die Vorkriegslöhne hinausgehen? Die Arbeiterschaft steht bei solchen Behauptungen vor einem Rätsel. Sie weiß nur, daß ihr jetziges Einkommen kaum den notwendigen Lebensunterhalt ermöglicht. Was berechtigt die Unternehmer zu solchen Behauptungen, die nicht nur der Öffentlichkeit ein ganz falsches Bild über die Lage der Arbeiter geben müssen, sondern auch das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Unternehmertum immer mehr erschüttern muß.

Es ist der Arbeiterschaft, insbesondere in den Industrien, die in der Vorkriegszeit keine Tarifverträge aufzuweisen hatten, und in denen die Arbeiter überwiegend im Akkord beschäftigt sind, nicht leicht, den Gegenbeweis für solche Behauptungen der Unternehmer zu erbringen. Hier spielt die Bewertung des Lebenshaltungsindex hinsichtlich seiner unbedingten Wichtigkeit eine Rolle. Weiterhin entscheiden sich die früher in den Betrieben erzielten Durchschnittsverdienste ihrer Kenntnis; sie liegen in den Lohnbüros der Betriebe. Werden diese früheren Verdienste der Öffentlichkeit gegenüber zu niedrig angegeben, dann ergibt die prozentuale Steigerung gegenüber dem jetzigen Lohn ein für den Unternehmer außerordentlich günstiges Bild. Bei den Akkordarbeiten ist aber weniger der vereinbarte Tariflohn, als der im Akkord tatsächliche Verdienst ausschlaggebend. Trotz Steigerung der Leistungen sind aber die erzielten Verdienste geringer oder nur wenig höher als in der Vorkriegszeit, ganz zu schweigen von den heute üblichen erhöhten Abzügen von der Lohnsumme.

Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, endlich einmal genauere Angaben über die wirklich erzielten Verdienste aus einem der bedeutendsten Werke der Metallindustrie Berlins zu erhalten. In Nr. 13 und 14 der „Vorposten“, dem seitens der Firma Vorpost für die Werksangehörigen herausgegebenen Organ, befaßt sich der Betriebsdirektor Dr. W. Lis mit der Lohnfrage im Werk. Der Artikel stellt eine Erweiterung auf eine vorherige Abhandlung „Kampf um Pfennige“ eines Arbeiters des Werks dar. Betriebsdirektor Dr. Lis erklärt unter a) in seiner Erwiderung:

„Die Durchschnittsverdienste im Gesamtwerk a u s c h l i e ß-

lich Lehrlinge, Arbeitsburschen, Laufburschen und Frauen betragen in den Jahren

1909	1910	1911	1912	1913	1914
68,3	69,4	70,4	71,7	73,0	73,2

und in den Monaten:

1. 1.	1. 2.	1. 3.	1. 4.	1. 5.	1. 6. 1925
71,2	72,2	77,7	80,5	82,0	84,0

Dr. Lis hebt hierbei hervor, daß vor dem Kriege die Gesamterhöhung des Durchschnittslohnes in 5 Jahren nicht ganz 5 Pfg. betrug, in den letzten 5 Monaten des Jahres dagegen aber schon 12,8 Pfg. In seiner Kritik läßt er aber außer Betracht, daß wir zur damaligen Zeit vollkommen stabile Verhältnisse aufzuweisen hatten, während sich heute noch immer die Anpassung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise vollzieht und insbesondere von den Regierungsstellen dauernd eine Erhöhung der Wohnungsmiete erstrebt wird. Im Hinblick auf die eingangs erwähnte Einstellung und Behauptungen des Unternehmertums ist aber die von Dr. Lis getroffene Feststellung von untergeordneter Bedeutung. Für den Arbeiter kommt es darauf an, ob sein Lohn die frühere Kaufkraft aufweist. Hier steht nun durch die Abhandlung des Betriebsdirektor Dr. Lis einwandfrei fest, daß im Vorkriegswerk im Jahre 1914 der Durchschnittsverdienst 73,2 Pfennig betragen hat, im Januar 1925 71,2, im Februar 72,2 Pfennig, in beiden Monaten also niedriger als 1914, ja selbst als 1913 und 1912 war. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung im Januar 1925, und zwar nach dem damals noch nicht berichtigten Index betrug aber 124, im Februar nach dem geänderten Index sogar 135 (1913/14 ist 100). Die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter ist hiermit offensichtlich, trotzdem wurde bereits damals und noch viel früher (siehe Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände über die Lohnfrage) gegen die hohen Löhne Front gemacht. Der weitere Vergleich zeigt folgendes Bild:

	Std.-Durchschnittsverdienst	Verh. z. Durchschnittslohn	Lebenshaltungsindex	Unter dem Friedensreallohn
1914	73,2	100	100,0	—
Januar 25	71,2	97,3	124,0	26,7
Februar	72,2	98,6	136,6	37,0
März	77,7	106,1	136,0	29,9
April	80,5	110,0	136,7	26,7
Mai	82,0	112,0	135,5	23,5
Juni	84,0	114,7	138,3	25,6

Der gegenwärtige Reallohn bewegt sich demnach weit unter dem der Vorkriegszeit. In den Monaten März bis Mai ist zwar hierin Dank der gewerkschaftlichen Tätigkeit eine Besserung zu verzeichnen, jedoch ist dieser Fortschritt im Juni bereits zum Stillstand gelangt und dürfte auf Grund der erheblichen Preissteigerungen der letzten Monate jetzt wieder einer Verschlechterung des Lohnniveaus gewichen sein. Die Uebersicht zeigt ein wahrheitsgetreues Bild der lohnpolitischen Lage der Arbeiterschaft dieses bedeutenden Werkes. Einwandfreie Nachprüfungen auf anderen Werken der Metallindustrie würde nach unserer Kenntnis der Dinge unbedingt zu ähnlichen Ergebnissen führen. Dieser Tatbestand ist das Gegenteil der allgemeinen Behauptungen der Unternehmerorganisationen und die Gewerkschaften haben alle Veranlassung gegen eine solche Irreführung der Öffentlichkeit anzukämpfen.

Vorzüge, soweit Titel und Prüfungen in Frage kommen. Er muß nach vollendetem Studium seine Laufbahn ebenfalls als gewöhnlicher Arbeiter beginnen und von der Bude auf dienen, schon aus dem Grunde, weil drüben die Handarbeit in hohem Ansehen und Werte steht; außerdem aber — und das ist das Wichtigste — bleibt er auf diese Weise in enger Fühlung mit den Arbeitern, kann sich in ihre Seele versetzen und lernt ihre Wünsche und Anforderungen verstehen. Erst wenn er sich fähig erweist, rückt er höher.

Verständnis und gutes Einvernehmen zeichnen den Verkehr zwischen Werksleitung und Belegschaft aus. Entgegenkommen von beiden Seiten überbrückt die Gegensätze. Der Arbeiter fühlt sich wohl in seinem Dienst und in dem Staatsgebilde, als dessen vollwertigen Angehörigen er sich mit innerem Stolz betrachtet.

Auf der anderen Seite ist ein sehr verständiges Verhalten auf der Unternehmenseite zu bemerken. Die Werke üben Klugheit, Entgegenkommen und weise Mäßigung aus gegenüber den eigenen Werksangehörigen und auch gegenüber den anderen Faktoren der Wirtschaft, z. B. Kundenschaft, Wettbewerbsunternehmungen und Behörden.

„Leben und leben lassen“, so erwächst ein gegenseitiges Vertrauen, ein Zusammenarbeiten und eine Arbeitsfreude, die bei unseren Verhältnissen wohl sobald nicht erreicht werden.

Verkörpert werden die Gedanken der gemeinsamen Arbeit durch Gary, den bekannten Leiter der Steel Corporation. Er sagte z. B. im April 1921 in einer Aktionärsversammlung: Es liegt im materiellen Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Streit zu vermeiden und friedliche und gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Der Erfolg hängt von den guten Beziehungen zwischen beiden ab. Feindschaft bringt Misere. Die Verwaltung der Steel Corporation ist immer bemüht gewesen, Freundschaft mit den Arbeitern zu halten, und sie war dabei erfolgreich. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß die Arbeiter und Angestellten der Corporation im Durchschnitt dieselbe, wenn nicht die höchste Entlohnung und dieselbe, wenn nicht die beste Behand-

lung erfahren haben, die irgendeine Schlüsselindustrie hier oder in einem anderen Land gewähren kann.

Diese Auffassung und die daraus entspringenden Handlungen haben zu Ruhm und Frommen beider Teile Erfolg in Amerika. Bei uns zu Lande verlagen sie. Die Arbeiter in den Werken der Vereinigten Staaten sind, im großen und ganzen genommen, wohl nicht von der guten und sachlichen und geistigen Beschaffenheit wie in unseren deutschen Betrieben, dennoch sind die Leistungen höher, die Erlöse größer: Team-work! Zusammenarbeiten, sich verstehen.“

Soweit der Artikel, dessen Ausführungen ohne Zweifel sehr beherzigenswert sind. Das Unternehmertum wird ohne Zweifel eine Anzahl Entschuldigungsgründe ins Feld führen, wie „kommunistische Verleumdung“, „bei uns wäre es auch so, wenn keine Gewerkschaften da wären“, usw. Aber es hat ja bis 1900 nennenswerte Gewerkschaften in Deutschland kaum gegeben. War es denn da besser? Ohne Zweifel hat der Kapitalismus manches in Deutschland zerschlagen, aber haben etwa 1923/24 die Unternehmer weisse Mägen bewiesen? Haben sie nicht oft die staats- und wirtschaftsbeherrschenden christlichen Gewerkschaften noch heftiger angegriffen als selbst die sozialistischen? Die Arbeiterschaft hat ohne Zweifel Fehler gemacht, aber wo hat man ihr bei Anwesenheit ihrer Rechte von Unternehmenseite freudig die Hand zur Mitarbeit gereicht?

Da liegt der Grundfehler der deutschen Wirtschaft, und so notwendig eine Betriebsrationalisierung ist, sie wird niemals ihren vollen Ertrag zeitigen, solange eine verständnisvolle Betriebszusammenarbeit fehlt.

Die Lohnfrage ist Gewissensfrage

Das industrielle Unternehmertum versucht in den letzten Monaten mit einem Nachruf, der einer besseren Sache würdig wäre, das soziale Gewissen des deutschen Volkes zu betäuben, indem man den Abbau der „untragbaren“ Soziallasten und „zu hohen“ Arbeiterlöhne als einzige Gesundungsmöglichkeit für unsere Wirtschaft bezeichnet. Um so erschütternder ist es, daß insbesondere das christliche Volk immer und immer wieder mit eindringlichem Ernst auf die erschreckende Notlage hinweist, in der sich der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft befindet. Erneute Klagen erhoben nach dieser Seite hin die katholische und evangelische Geistlichkeit. So hat sich neuerdings die katholische Geistlichkeit des Saargebietes in einem Schreiben an die Regierungskommission gewandt, in dem ausreichende Entlohnung der Arbeiter gefordert wird. In demselben heißt es u. a.:

„Die Durchschnittseinnahmen der letzteren (der Arbeiter — d. Verfasser) halten durchaus nicht Schritt mit den Ausgaben, die auch nur zur Deckung der dringlichsten Bedürfnisse erforderlich sind. Niemand kann darüber zuverlässiger Auskunft geben als die Geistlichen der Ortspfaffen, die von Berg- und Hüttenarbeitern bevölkert sind. Sie beschreiben in bewegten Worten die Armut und Entbehrungen, die zahlreiche Familien drücken, und die verzweifelte Stimmung, welche durch diese betrübenden Verhältnisse ausgelöst wird.“

Dieser Schritt wurde durch ein weiteres besonderes Schreiben des hochw. Herrn Bischofs von Trier, Dr. Bornemann, an die Bergwerksdirektion lebhaft unterstützt. Hierin wird u. a. betont:

„Die Zeitungsberichte über die Lohnstreitigkeiten im Saarbergbau lassen eine ernste Notlage der Arbeiterschaft erkennen, die mit auch durch andere Berichte bestätigt wird. Es scheint, daß die Abwärtsentwicklung im Bergbau mit der immer unglücklicher werdenden Wädhung in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Verhältnisse geschaffen hat, die zu Schwierigkeiten in der Lebenshaltung geführt haben. Die natürliche Folge davon ist Unzufriedenheit und geistige Verbitterung.“

Außerdem hat sich auch der Stuttgarter Verbandstag der Kath. Kaufm. Vereinigungen mit dieser Frage befaßt und im Anschluß an ein bedeutames Referat von Dr. Schäling seine Stellungnahme in einer Entschließung präzisiert, in der es u. a. heißt:

„Der Verband KKW ist sich der großen Schwierigkeiten und der erheblichen Belastung der Wirtschaft bewußt und bereit, diesen Tatsachen weitestgehend Rechnung zu tragen. Er vermag indessen nicht, sich dem Ruze nach Abbau der Sozialpolitik, wie er in letzter Zeit besonders aus der Industrie laut geworden ist, anzuschließen, da er der Auffassung ist, daß die sozialen Lasten nicht diejenigen sind, die die Leistungsfähigkeiten der Wirtschaft zumeist bedrohen. Er vertritt im Gegenteil den Standpunkt, daß die Höchstleistung der Wirtschaft nur mit Hilfe eines arbeitsfähigen und arbeitsfreudigen Arbeitnehmerstandes erzielt werden kann, und daß jeder Versuch, die Sanierung der Wirtschaft auf Kosten des leiblichen und seelischen Wohles der Arbeitnehmer durchzuführen, entschieden bekämpft werden muß. Dagegen erscheint es dringend notwendig, durch rationelle Wirtschaftsführung in der Wirtschaft und in den Verwaltungskörperschaften die größtmögliche Sparamkeit zu erzielen. Besondere Bedeutung kommt der

Lohnfrage

zu. Sie ist nicht nur eine Rentabilitätsfrage, sondern auch eine Gewissensfrage, zu entscheiden nach Recht und Billigkeit. Deshalb richtet die Hauptversammlung den dringenden Appell an die Einsicht und das soziale Gewissen aller Verantwortlichen, die bedrückte Lage der Arbeiterschaft über den wirtschaftlichen Anstrengungen nicht zu vergessen und ihr eine menschenwürdige Lebensführung durch angemessene Entlohnung zu sichern. An die Regierung und die Parteien richten wir das ernste Eruchen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft durch geeignete Maßnahmen jeder Art, besonders durch eine produktionsfördernde Außen- und Innenhandelspolitik, durch Abbau der Steuerlasten und anderer Abgaben aller Art zu heben, den Schatz der Sozialversicherungen mit allen Mitteln zeitgemäßer Art zu gewährleisten und insbesondere eine baldige Lösung der Wohnungs- und Aufwertungsfrage nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.“

Betriebsrationalisierung und Betriebszusammenarbeit

II.

Nein, U. S. A. packt die Sache anders an! In der Zeitschrift „Stahl und Eisen“, Nr. 27/1925, dem Organ des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, steht ein Aufsatz über „Betriebsgemeinschaft“, der deutlich zeigt, wie weit wir darin hinter Nordamerika zurückgeblieben sind. Das Durchstudieren und Besolgen dieses Aufsatzes wäre besonders den Herren von der Montanindustrie sehr zu empfehlen. Es heißt darin u. a.:

„In dieser Hinsicht wird aber der unwillende und unvorbereitete Besucher amerikanischer Werke noch mehr in Erstaunen gesetzt durch die Beobachtung des sogenannten „Team-work“. Nach dem sprachlichen Umprung dieses Wortes — Arbeiten eines guten Geistes oder einer aufeinander eingespielten Mannschaft — bezeichnet man hiermit das glatte, reibungslose und vorbehaltlose Zusammenarbeiten aller Werksangehörigen.“

Die Pflege des „Team-work“ läßt man sich auf amerikanischen Werken ganz außerordentlich angelegen sein. Man findet nahezu überall ein kameradschaftliches, man möchte sagen ein herzliches Verhältnis und ein entsprechendes Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen Schichten und Ständen eines Werkes. Was bis auf den letzten Mann dient mit Hingebung der gestellten Aufgabe. Soziale Umstände, wie bei uns, treten dort nicht in Erscheinung. Alle Schichten der amerikanischen Bevölkerung haben sich den Grundgedanken des föhnlischen Kaufmanns: „Leben und leben lassen“, zu eigen gemacht. Dazu tragen Erfolge in geistiger Hinsicht durch die reichlich gebotenen und zu erlernenden Bildungsmöglichkeiten und materielle Fortschritte für jeden bei, der sich anstrengt. Jeder hat in reichlichem Maße, und ganz besonders in der Hüttenindustrie, glänzende Beispiele des Erfolges und Aufstieges von seinesgleichen vor Augen.

Diesem das ganze Volk zu einer starken Einheit zusammenfassenden Geist entsprechend hat dem Madagaskar zunächst keine

Der Kampf um die Gesundung der Wirtschaft wird immer mehr zu einem weltanschaulichen Kampf, in dem sich antikristlicher Mammonismus und christliche Menschen- und Nächstenliebe gegenüberstellen. Um so mehr freuen wir uns über die klare Stellung unserer Weltanschauungsgegner und erwarten, daß selbige Welten schlägt auch ins Lager jener Arbeitgeber hinein, die noch christlich denken wollen. Sie müssen sich bald entscheiden auch in ihrem Handeln gegenüber der Arbeiterschaft. Hic rhodus, hic salta. M. F.

Die deutsche Eisenindustrie im Zeichen der Verbandsbildung

Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ bringt einen guten Überblick über die Verbandsbildungen in der Eisenindustrie, den wir hier folgen lassen.

Durch den Kriegsausgang und die Nachkriegszeit ging alles, was in jahrelanger, mühevoller Arbeit aufgebaut worden war, zugrunde; die Verbände fielen auseinander. Sechs Jahre verbandsloser Zeit liegen nun hinter uns, und wohin wir gekommen sind, weiß jeder, der im wirtschaftlichen Leben steht. Die Ansicht, daß man auch ohne Verbände fertig werden kann, ist längst durch die Wirklichkeit widerlegt worden, im Gegenteil, mehr denn je vor sieht man das Heil nur wieder in der Verbandsbildung.

Im November 1924 wurde die

Rohstahlgemeinschaft

gegründet, deren Geschäftsstelle sich beim Stahlwerksverband befindet. Ihr gehören fast die sämtlichen deutschen stahlerzeugenden Werke mit einer Jahres-Rohstahlproduktion von rund 15 Millionen Tonnen an. Die Hauptaufgabe der Rohstahlgemeinschaft ist zunächst die Anpassung der Rohstahlerzeugung an die Bedürfnisse des Marktes, womit sie verhindert, daß große Erzeugungssüberschüsse entstehen, die den Markt ungünstig beeinflussen müßten. Daneben widmet sich die Rohstahlgemeinschaft allgemeinen wirtschaftlichen Aufgaben zum Besten ihrer Mitglieder.

Die Bildung der Rohstahlgemeinschaft war gewissermaßen der Auftakt zu Verhandlungen über die Bildung von Einzelverbänden; die dahin zielenden Bestrebungen wurden von der Rohstahlgemeinschaft nach Kräften gefördert.

Bereits Anfang Februar 1925 wurde die

Deutsche Stahlgemeinschaft

mit dem Sitz in Essen, wieder ins Leben gerufen, die sich mit dem Verkauf von rollendem Eisenbahnzeug (Radkäsen, Waggons, Achsen, Radkörpern) befaßt.

Im März 1925 gelang es, den

Röhren-Verband

mit dem Sitz in Düsseldorf zu schließen, dem sämtliche deutschen Röhrenwerke angeschlossen. Der Röhrenverband war in der Lage, bereits am 1. April seine Verkaufstätigkeit aufzunehmen.

Am 23. April 1925 wurde die Neubildung der früheren

A-Produkten-Verbandes

für den Verkauf von Halbzeug, Eisenbahn-Oberbauzeug und Formeisen beschloßen in der Weise, daß die hauptsächlich in Frage kommenden Werke eine Verpflichtungserklärung unterzeichneten. Nach fünf dreimonatiger rastloser Tätigkeit sind heute die Arbeiten soweit gefördert, daß der A-Produkten-Verband seine Verkaufstätigkeit voll aufnehmen konnte. Die Geschäftsstelle befindet sich beim Stahlwerks-Verbande. Dem A-Produkten-Verbande gehören zurzeit folgende Werke an:

1. Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Bochum.
2. Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Dortmund.
3. Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Oberhausen.
4. Fried. Krupp, Aktiengesellschaft, Essen.
5. Phoenix, Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Düsseldorf.
6. August-Thyssen-Hütte, Gewerkschaft, Hamborn.
7. Rheinische Stahlwerke, Duisburg-Weiderich.
8. Alsdorfer-Werke, Akt.-Ges.
9. Eisen- und Stahlwerk Hoeß, Aktiengesellschaft, Dortmund.
10. Kombi-Hüttenwerke, Hannover.
11. Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Rosenfeld (Oberpfalz).
12. Siedler Hütte, Akt. Walzwerk, Peine.
13. Eisenhütte Holshein, Akt.-Ges., Rendsburg.
14. Obereschleische Eisenbahn-Bearbeitungs-Gesellschaft, Gleiwitz.

Der Beitritt der Linde-Hofmann-Lauchhammer-Aktiengesellschaft, Berlin, ist zwar noch nicht erfolgt, aber grundsätzlich gesichert und dürfte in kurzer Zeit erfolgen.

Als weitere Mitglieder des A-Produkten-Verbandes kommen noch in Betracht:

1. die Vereinigten Stahlwerke von der Zeppen und Wilsener Eisenhütten-A.G., Köln-Deutz,

welche grundsätzlich bereit sind, dem Verbande beizutreten, mit denen man aber noch nicht verhandeln konnte.

2. die Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen, Aktiengesellschaft, Dresden,

mit denen für die nächsten drei Monate ein vorläufiges Abkommen getroffen wurde, so daß die Frage ihres Beitritts als Vollmitglied in der nächsten Zeit in Ruhe erörtert werden kann.

Der neue A-Produkten-Verband ist allerdings wesentlich kleiner als der frühere. Er zählt zurzeit nur 14 Mitglieder mit einer Beteiligung von rund 9 700 000 Tonnen Rohstahlgewicht, während der frühere Verband — einschließlich der Saar-, Lothringer, Luxemburger und ober-schlesischen Werke — 28 Mitglieder hatte mit einer Beteiligung von rund 6 300 000 Tonnen.

Am 18. Juli 1925 wurde in Remagen der

Grobblech-Verband

gegründet, welcher dem Stahlwerksverbande angegliedert werden soll. Es ist zu erwarten, daß der Grobblech-Verband seine Tätigkeit in Kürze aufnimmt.

Die Arbeiten für die Bildung eines

Feinblech-Verbandes

sind zwar auch schon in Angriff genommen worden, doch sind hier die Verhältnisse zurzeit noch nicht ganz geklärt, so daß man erst abwarten muß, ob es gelingen wird, eine geeignete Plattform für ernsthafte Verhandlungen zu finden.

Auch bezüglich der Bildung eines Walzdraht-Verbandes wurde in der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Drahtwalzwerke am 31. Juli 1925 in Köln eine vollständige Uebereinstimmung erzielt und der

Deutsche Walzdraht-Verband

für die Dauer von fünf Jahren endgültig gegründet. Der Verband hat seine Tätigkeit sofort aufgenommen. Die Spezialwalzdrähte werden zwar wie bisher von den Werken selbst veräußert, aber die Kontingenzierung wird sich auch auf dieses Sondererzeugnis erstrecken. Ebenso erfolgt die Preisfestsetzung durch den Verband. Die Geschäftsführung hat dem 1. August 1925 die Aktiengesellschaft Deutsche Drahtwalzwerke, Düsseldorf, übernommen.

Der Gedanke, Stabeisen zu syndizieren, ist bekanntlich schon vor dem Kriege wiederholt erörtert worden; ein Erfolg war den Bestrebungen leider nicht beschieden, weil man bei der Mannigfaltigkeit dieses Erzeugnisses in bezug auf seine Formen und Qualitäten befürchtete, daß den Belangen der einzelnen Werke in einem Verbande nicht genügend Rechnung getragen werden könne. Erneute Bestrebungen haben unwehrlieh zu einem Erfolge geführt. In der Sitzung der Stabeisen-Walzwerke vom 30. Juli 1925, in welcher alle zum A-Produkten-Verbande gehörenden Werke vertreten waren, wurde die Bildung des

Stabeisen-Verbandes

beschlossen. Der Verband tritt am 1. August 1925 für die Dauer von fünf Jahren für das In- und Auslandsgeschäft in Kraft. Mit einer Gruppe von Werken, welche 75 Prozent der gesamten Stabeisenerzeugung vertreten, wurde in der Beteiligungs- und Berechnungsfrage Uebereinstimmung erzielt. Mit den übrigen Werken soll in einer auf Freitag, den 7. August 1925, einzuberufenden Hauptversammlung verhandelt werden.

Der Verlauf der letzten Monate hat gezeigt, daß bei allen Werken der ernsthafte Wille vorhanden ist, zu Verbänden zu kommen und daß man auch bereit ist, dem allgemeinen Besten Opfer zu bringen, die bei Verbandsbildungen stets gebracht werden müssen. Man kann hieraus aber auch lernen, daß die Not bei den Werken groß ist, denn sonst würden sie sich nicht zusammenschließen haben. Daß die Werke an sich lieber ihre volle Freiheit in bezug auf den Verkauf ihrer Erzeugnisse behalten möchten, wenn es irgendwie möglich wäre, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Auf die Gesamtfragen der Verbandsbildungen und ihre Preispolitik werden wir noch näher eingehen.

Psychologische Einwirkungen der Arbeit

Von Prof. Liepmann.

II.

Selbstverständlich müssen sich ferner die Signale, die verschiedenen bedeuten, auch genügend auffällig von einander unterscheiden; die Verwendung eines Fünfseds und eines Sechsecks z. B. als von einander zu unterscheidende Symbole wäre natürlich höchst ungewöhnlich. Das Symbol soll ferner wirklich ein „Symbol“ und nicht nur ein „Zeichen“ für die drohende Gefahr sein, d. h. in der wissenschaftlichen Terminologie: es soll womöglich nicht nur ein äußerer, erst zu erlernender Zusammenhang zwischen dem Zeichen und dem, was es anzeigt, sondern ein innerer, ohne weiteres verständlicher, „sinnvoller“ Zusammenhang zwischen dem Symbol und dem Symbolisierten bestehen. Ein quer liegender Balken z. B. symbolisiert die Tatsache, daß ein Weg gesperrt ist, in viel auffälligerer Weise als ein rotes Licht, dessen Bedeutung erst erlernt werden muß, und dessen Bedeutung daher in gegebenen Fälle auch einmal vergessen werden kann.

Die Erörterung der Sinnfälligkeit führt zu einer weiteren Forderung, die vom psychologischen Standpunkte aus an gewisse Einrichtungen, die der Verhütung von Unfällen dienen, zu stellen sind: Jede Warnung hat den Zweck, bestimmte Bewegungen oder Handlungen auszulösen, die den drohenden Unfall zu verhindern geeignet sind. Das Signal soll nun, wie eben gesagt, in möglichst sinnvollem Zusammenhange mit seiner Bedeutung stehen. In manchen Fällen aber wird es vorzuziehen sein, wenn das Signal an Stelle dessen in einem sinnvollen Zusammenhang mit der auszuführenden Bewegung gebracht wird. Man könnte z. B. daran denken — ich sage das nur, um meinen Gedankengang zu verdeutlichen, nicht aber, um gerade dies etwa praktisch vorzuschlagen —, daß eine Einrichtung getroffen wird, die anstatt dem Lokomotivführer einen querstehenden Balken oder ein rotes Licht erscheinen zu lassen, das Wort „Bremsen“ vor ihm erscheinen läßt.

Aufvisuelle Gefahr-Warnungen sind im allgemeinen wirksamer als optische. Es liegt an der Einrichtung unserer Sinnesorgane, daß mit dem Auge nur solche Reize wahrgenommen werden, auf die das Auge gerichtet ist, und daß das Auge im allgemeinen nur auf solche Reize gerichtet ist, die schon vorher Gegenstand der Aufmerksamkeit sind, während das Ohr auch solche Reize wahrnimmt, die nicht schon vorher Gegenstand der Aufmerksamkeit waren. Das Ohr ist deshalb in hervorragendem Maße, mehr als das Auge geeignet, die Aufmerksamkeit auf neu eintretende Reize hinzu lenken. Die akustischen Reize sind den optischen dann nicht überlegen, wenn die Umgebung, in der das Signal auftritt, sehr geräuschvoll ist, und wenn die Aufmerksamkeit ohnedies auf die Stelle, an welcher das Signal gegebenenfalls auftreten wird, gerichtet ist. Auf sehr verkehrsreichen Straßen sind die Autohupen so gut wie wirkungslos! Wenn es sich nicht um neu eintretende Reize, sondern um die gefahrerzeugende Veränderung von Reizen handelt, so sind optische und akustische Reize etwa gleichgestellt, sofern der Reiz, an dem die Veränderung auftritt, sich ohnedies dauernd im Blickfeld befindet, was allerdings bei Manometern und dergl. ohne weiteres nicht immer der Fall ist. Plötzliche Aufhellungen oder Verbunkelungen der Arbeitsräume erzeugen im allgemeinen nicht mehr und nicht weniger die Aufmerksamkeit als etwa plötzliche Veränderungen in der Stärke, dem Rhythmus oder der Klangfarbe eines Motorgeräusches oder dergl.

Mit Bezug auf die Einrichtungen, die zur Abwehr einer bemerkten Gefahr zu beständigen sind, haben wir folgende Forderungen zu erheben:

1. Die gefahrabwehrende Bewegung soll „reflexgemäß“ sein, d. h. sie soll der natürlichen Abwehr- oder Fluchtbewegung des menschlichen Organismus möglichst entsprechen.

Besonders kommt dies z. B. für die Bremsbewegung in Frage.

Die natürliche Bewegung gegenüber einer entgegenkommenden Gefahr ist nicht die Vorwärts-, sondern die Rückwärtsbewegung. Daher soll die Bremsbewegung nicht so sehr der Stoß- wie der Zugbewegung nachgebildet sein. Ruffa formuliert das Ergebnis seiner Studie folgendermaßen: „Man verlege die Bewegung des Schalthebels und des Griffes der Vakuumbremse aus der Horizontalen in die Vertikale und bringe die Bremse so an, daß sie in beiden Fällen durch einen Zug in progressiver Richtung, also gegen den Körper zu, in Tätigkeit gesetzt wird, während die Fahrstellung durch Vordrücken des Hebels erreicht wird, so hat man die einzige vom psycho-physiologischen Standpunkte aus zweckentsprechende Bremsanordnung.“

2. Die gefahrabwehrende Bewegung soll ihrer Richtung nach der Richtung der gewollten Bewegung eines Maschinenteiles oder dgl. entsprechen. Wenn sich z. B. der Zeiger eines Manometerzifferblattes dem gefahrerzeugenden roten Strich in der Richtung des Uhrzeigers nähert, so muß die Bewegung, die der Arbeiter auszuführen hat, um den Dampfdruck zu vermindern, zu der Bewegungsrichtung des Uhrzeigers umgekehrt verlaufen. Rechtsüberschiebung, Rechtsdrehung, Rechtszug usw. soll nach oben rechts führen, die entsprechenden linksgerichteten Bewegungen nach links, nach oben gerichtete nach oben, nach unten gerichtete nach unten, z. B. auch bei Werkzeugmaschinen (Schlesinger).

3. Die unter verschiedenen Umständen zu betätigenden Handgriffe und auszuführenden Bewegungen sollen nicht miteinander verwechselt werden können, z. B. das Regulieren der Spannung, die Betätigung des Deschalters usw. Neben- oder übereinander angeordnete Schalter und Hebel (Richtschalter und dgl.) sollen möglichst in derselben Lagebeziehung zu einander stehen, wie die Orte, auf die sie wirken.

Was endlich die Maßnahmen betrifft, durch welche der Vergrößerung einer bereits eingetretenen Gefahr vorgebeugt wird, so ist darauf hinzuweisen, daß der Verbandskasten für erste Hilfe zur

Die Generalversammlung in Osnabrück

ist vorbei. Arbeit zum Besten der Kollegen ist getan worden.

Jetzt gilt es, die Generalversammlung auszuwerten durch

1. rege Mitarbeit im Verbande und bei der Agitation;
2. pünktliche Zahlung der Beiträge in der richtigen Klasse;
3. Einigkeit und Korpsgeist, um den Anschlägen des Unrechtmertums gegenüber gewappnet zu sein.

„Merry Old England“

II. Allgemeines.

Das Wort „Merry Old England“ „glückliches England“ trifft heute nicht mehr in dem Umfange zu, wie es vielleicht früher einmal Geltung gehabt haben mag. England galt als das sprichwörtliche Land der sozialen Ruhe. Die Eingliederung der Arbeiterschaft in die englische gesellschaftliche Struktur hatte sich nicht reibungslos, aber doch im allgemeinen schneller und wirkungsvoller nach außen vollzogen, als es in anderen Industrieländern der Fall war. Dabei sind die gesellschaftlichen Kämpfe in England genau so wie in Deutschland, aber sie spielen sich in anderen Formen ab. Der Arbeiter gibt dem Lande, und dem Arbeiter gibt das Land seine Mithilfe. Es ist dem engl. Volke z. B. an und für sich gleichgültig, wer die Macht im Lande innehat, wenn er den Ruhm Englands wahr und soziale Hindernisse beseitigt. Ein Beispiel, das symptomatisch dafür ist, mag es beweisen. Unter der Regierung MacDonald war ein Bergarbeiterführer Bischoff von Schottland geworden. Damit war die königliche Macht auf ihn übergegangen. Schließlich machte der sehr einflussreiche schottische Adel dem neuen Bischoff seinen Besuch. Da kamen sie, Träger ältester Namen und ererbter Macht und verneigten sich vor dem Bergarbeiter. Er war ja jetzt des Königs Stellvertreter, und sie erfüllten die selbstverständliche Pflicht der Huldigung. Ob das in Deutschland möglich wäre?

Und doch hat der Kampf um das Recht der Arbeiterschaft im Ringen eines Jahrhunderts sich vollzogen. Das englische Bürgerium hatte sich unter Führung Cromwells die Macht im Staate um 1688 errungen und einen König auf Schottland gesetzt. Das Volk sah sich sehr wohl und geschäftsmäßig, ohne den Beistand der französischen Revolution von 1789. Der absolute König war eben eine faste Zahl in der Regierung des englischen Bürgeriums und mußte deshalb verschwinden. Als dann das Zeitalter der Technik aufging und England die epochemachenden Erfindungen auf dem Gebiet der Verwertung der Dampfkraft und der Dampf-

maschinen machte, brach zugleich für England das Morgenrot des Kapitalismus an. Aber es war ein blutiges düsteres Morgenrot. Die Scharen der gelegten Bauern zogen in die werdende Industrie hinein, veräußerten in unfähigem Angebot ihre Arbeitskraft für eine Pfennige und drückten die Löhne. Ein rarer Wettbewerb entstand. Frauen und Kinder zogen für Hungerlöhne in die Fabriken. Charles Dickens malt mit breitem Pinsel die furchtbaren Erscheinungen jener Zeit. Und die Arbeiterschaft, ratlos, woher ihre Not kam, zog hin und zerstörte Maschinen und Betriebe.

Aber man lernte einsehen, daß man das kapitalistische System nicht überwinden kann, wenn man die Maschinen vernichtet, sondern indem die Arbeiterschaft durch organisatorischen Zusammenschluß ihre Rechte sich erkämpft und wahr. Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung ist das glänzende Beispiel eines mit härtester Zielstrebigkeit und Konsequenz durchgeführten Ringens im letzten Jahrhundert. Oft zurückgeworfen, oft gekümmert, verlor sie nie diese englische Verbissenheit im Ziel und ist darin ein Vorbild auch für die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Das englische Unternehmertum hat der englischen Arbeiterschaft oft nicht besser mitgeteilt als das deutsche Unternehmertum der deutschen Arbeiterschaft. Aber trotzdem verlor die englische Arbeiterschaft nie den Gedanken des nationalen Bewußtseins aus den Augen. Sie verlegte nicht ihr Land wegen gewisser sozialer Kämpfe, sondern sie hatte unermüdet im Auge, durch den Sieg der englischen Arbeiterschaft England auch sozialrechtlich führend zu machen.

Sozialpolitisch hatte Deutschland mehr aufzuweisen, aber sozialrechtlich ist die deutsche Arbeiterschaft 1925 auf manchen Gebieten noch nicht soweit, wie die englische schon in der Vorkriegszeit war. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Eisen- und Stahlindustrie seit 20 Jahren ihre Bilanz durch Zerschanden der Gewerkschaften unterlegen läßt und daß durch das starke Preiswille nie Schiedsweisen in dieser Industrie seit 30 Jahren keine größeren Kämpfe geführt worden sind, um zu erreichen, in wieviel härterem Maße die englische Arbeiterschaft ihre Rechte verankert hat, aber auch, in welchem ganz anderer Art das Unternehmertum auf berechnete Wünsche der Arbeiterschaft einget. Wir werden auf die englische Gewerkschaftsbewegung und die mit ihr zusam-

menhängenden Fragen in den nächsten Nummern unseres Verbandsorgans zurückkommen.)

Dieses Land des möglichen Ausgleichs und der Ruhe ist in der Nachkriegszeit der Schauplatz einer großen Unsicherheit und eines schwankenden Bodens geworden. Der Friedensvertrag von Versailles hat in seinem Gefolge die völlige Zerrüttung der Weltwirtschaft. In England liegen die Preise schnell, die Löhne folgten in vielen Industrien nicht, 1,5 Millionen Arbeitslose brüden den Arbeitsmarkt und zwanzig Millionen Menschen können nicht von England selbst ernährt werden, sondern sind auf die Einfuhr angewiesen. Im allgemeinen liegen die Preise 30 bis 40 Prozent über den deutschen Preisen, d. h. 180 zu 100 in der Vorkriegszeit. Die Löhne sind zwar in einigen Industrien auf 100 Prozent Vorkriegsnominallohn gestiegen, in einigen bleiben sie beträchtlich darunter. Dazu kommt der schlechte Geschäftsgang in Kohle, Schiffbau und Textil.

Alles das hat eine wirtschaftliche Nervosität hervorgerufen, die sich in starkem Maße im steigenden Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft äußert. Jedoch muß immer betont werden, daß die Form der Auseinandersetzung nicht die Heftigkeit aufweist, die wir in Deutschland leider Gottes kennen.

„Deutschland macht seine Politik lärmend“, sagte Norman Angell zu uns. Das gilt nicht nur für das Gebiet der Politik, auch für das Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen Faktoren. Die Vornehmheit zeigte sich in der gegenseitigen Behandlung zwischen dem Großindustriellen Cobdurn und seinen Schiedsrichtern, der offenen, aber konstanten Art, mit der sie ihre Sachen miteinander besprachen und in der Ehrung eines vornehmeren Bürgerers Birmingham auf dem Hauptbüro des Metallarbeiterverbandes. Der Mann hatte vor dreißig Jahren 5000 Pfd. für aussehende Metallarbeiter gegeben und sein Bild prägnant neben dem MacDonaldis als einziger Mensch im Hauptbüro. Diese gegenwärtige Wertung trotz der oft scharfen Gegensätze ist es, was den Deutschen nachdenklich stimmt, wenn er auf sein eigenes Vaterland blickt. Manches, was man dort in England sah hat tief erschüttert und den Menschen des Kontinents nicht froh gestimmt. Vieles aber auch ließ uns die Insel und die Menschen auf ihr beneiden.

Hand sein und auch für den Neuling sofort auffindbar sein muß, desgleichen die Feuerlöschgeräte, der Schalter für Ausschaltung des elektrischen Stromes usw. Durch auffällige Zeichen, Pfeile und dgl. muß auch der Neuling eindeutig darauf hingewiesen werden, welcher Weg bei Feuergefahr einzuschlagen ist.

Diese Forderungen sind von besonderer Wichtigkeit deshalb, weil jede Gefahrdrohung Erregung auslöst. Der Zustand der Erregung aber bedeutet, daß die ruhige Überlegung ausgeschaltet wird und daß der Mensch in die ihm angeborene triebhafte Reaktionsweise zurückfällt. Viele Unfallverhütungsvorschriften und Einrichtungen funktionieren ausgezeichnet, wenn es sich um Feueralarmproben und dergl. handelt, versagen aber im Ernstfall vollständig. Es gilt also, solche Einrichtungen immer von vornherein dem Zustande des Affektes und des triebhaften reflexartigen Handelns anzupassen, — was sich im einzelnen natürlich nicht näher ausführen kann, weil dies nur von Fall zu Fall entsprechend gestaltet werden kann.

Weitere Einzelheiten der Betriebsorganisation stehen insofern in Beziehung zur Unfallhäufigkeit, als sie den allgemeinen Aufmerksamkeit- und Ermüdungszustand des Arbeiters beeinflussen.

Zunächst ist hier das Arbeitstempo zu erwähnen. Wir haben bereits früher festgestellt, daß das Arbeitstempo die Unfallhäufigkeit schon dadurch beeinflußt, daß bei rascherer Arbeit auch mehr Unfallgelegenheiten vorliegen. Aber bei dieser Wirkung allein bleibt es nicht, wenn das Arbeitstempo über ein gewisses Maß hinaus noch weiter gesteigert wird; je rascher das Arbeitstempo, desto weniger vermag die Aufmerksamkeit des Arbeiter dem Arbeitsprozeß zu folgen, und desto weniger vermögen auch seine Bewegungen einer etwa vorkommenden fehlerhaften Bewegung der Maschine oder des Werkzeugs zu folgen. Daher einerseits die relativ häufigen Unfälle an den rasch arbeitenden Holzbearbeitungsmaschinen, andererseits die Vermehrung der Unfälle in Zeiten lebhaften Geschäftsganges.

Es liegt die Annahme nahe, daß ein Lohnsystem, das den Arbeiter zu rascherem, vielleicht sogar zu hastigem Arbeiten veranlaßt, auch die Unfallgefahr vermehrt. Daher ist wiederholt vorgeschlagen worden, für das Arbeiten mit gefährlichen, insbesondere Holzbearbeitungsmaschinen, für die Zimmerer und für das Bauwesen, ferner für das Fräsen, Pressen und Stanzen die Stücklohnarbeit zu verbieten.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben in ihren Berichten über das Jahr 1922 zu dieser Frage Stellung genommen, und sie hat diese Meinungsäußerungen übersichtlich zusammengestellt. Danach ist der Zusammenhang zwischen Lohnsystem und Unfallhäufigkeit doch ein keineswegs so eindeutiger, wie man zunächst anzunehmen geneigt wäre. Es wird erstens von manchen Seiten bestritten, daß in der Tat der Affordarbeiter häufiger arbeite als der Zeitlohnarbeiter, da er ein bestimmtes Tempo schon deshalb nicht überschreiten will, damit die Affordsätze nicht herabgesetzt werden.

Zweitens wird hervorgehoben, daß eine etwaige ungünstige Wirkung des Affordsystems dadurch kompensiert wird, daß der Stücklohnarbeiter im allgemeinen überhaupt aufmerksamer arbeitet als der Zeitlohnarbeiter; der Zeitlohnarbeiter neigt mehr zu Spielleistungen, Unachtsamkeit, Negieren seiner Arbeitskollegen als der Affordarbeiter. Da, wo Stücklohnung überhaupt verwendet werden kann, d. h. bei Serienarbeiten, liegt in ihr auch keine größere Unfallgefahr, weil gerade bei solchen Arbeiten leichter Unfallschutzmaßnahmen getroffen werden können als bei wechselnder Arbeit, wo die Schutzvorrichtungen entweder oft geändert werden müssen oder leicht störend wirken. Das Fehlen einer ungünstigen Wirkung des Stücklohnsystems wird von einigen der Gewerbeaufsichtsbeamten auch durch statistische Mitteilungen belegt.

Bekämpfung des Baustoffwuchers

Der Preussische Minister des Innern ersucht in einem Rundschreiben die Polizeiverwaltungen und die mittleren Preisprüfungsstellen, in allen Fällen, in denen ein Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen behauptet wird, die Namen der örtlichen Kartelle, die angeblich übermäßige Preise festgesetzt haben, sowie die näheren, den Gegenstand der Beschwerde bildenden Tatsachen durch den Innenminister dem Reichswirtschaftsminister anzuzeigen; ferner sollen diesem beweiskräftige Unterlagen, gegebenenfalls unter Beifügung des Ergebnisses von Selbstkostenprüfungen, zur Verfügung gestellt werden, damit tatsächliche Mißstände bekämpft und eine wirtschaftliche Freiheit des Wettbewerbes gesichert werden kann. Ob man sich dadurch der Hoffnung einer Gesundung der Zustände hingeben kann, bleibt abzuwarten.

Das Wirtschaftssystem des Kapitalismus

Von Dr. Walter Kupper.

Je fortschreitender nun die Entwicklung der Industrie ist, desto mehr gehen die Schwerpunkte des wirtschaftlichen Lebens von der Landwirtschaft auf die Industrie über. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, dieselbe sei von der allgemeinen Umordnung nicht betroffen worden. Die unter dem Einfluß der industriellen Entwicklung schnell anwachsende Bevölkerung stellte an die Landwirtschaft neue, größere Anforderungen, denen diese gerecht werden mußte. Übermals von England kommt auch hier — neben der Bauernbesetzung usw. — die Neuerung: der Uebergang zur Fruchtwechselwirtschaft, die Anwendung von Maschinen und schließlich, von Deutschland ausgehend, die Lehre von den künstlichen Düngemitteln von Justus von Liebig. Durch den Uebergang zur landwirtschaftlichen Maschinenverwendung und zur künstlichen Düngung wuchsen die Erträge außerordentlich. Aber auch der Kapitalbedarf nahm entsprechend den Neuerungen zu, und erleichterte das Eindringen des Erwerbskapitals. Da aber alle Entwicklungsvorgänge in der Landwirtschaft sich nur sehr langsam vollenden, so nahm dieselbe nicht das Tempo der industriellen Entwicklung an, sondern blühte langsam erst nach und nach auf, und wurde durch ihre steigende Produktivität und ihrem anwachsenden Bedarf nur ihrerseits zu einer erheblichen Stütze der verschiedenen Industrien.

Auf jede Zeitströmung folgt nach einer gewissen Zeit die Gegenströmung. So auch die Manchesterrichtung und ihre Auswüchse, und es bereitete sich eine Zeit vor, in welcher sich die Fabrikgehegung und Arbeiterjugelgehegung durchsetzten, wo Frauen- und Kinderarbeit beschränkt wurden und die Arbeitszeit ihre Regelung empfing, wo der Konkurrenzkampf sich zu großen Zusammenflüssen auswirkte, wo letzten Endes der Gärungsprozeß der Wirtschaft zum Stillstand kommt und die staatliche Gehegung Richtlinien und Grundgesetze schafft, um die sich die fernere Entwicklung kristallisiert. Daraus erwächst dann in organischem Uebergang die Form des „entwickeltesten Kapitalismus“ unserer Zeit.

Das zwanzigste Jahrhundert findet den Uebergang von der Agrarwirtschaft zur Industriewirtschaft vollzogen. Dieser Uebergang hat aber auf die Landwirtschaft noch eine Reihe anderer Folgen ausgeübt, als wir schon kennen gelernt haben. An erster Stelle bedeutet derselbe für das flache Land einen empfindlichen Verlust an Arbeitskräften, denn woher sollte die aufblühende Industrie ihren Arbeiterbedarf decken, wenn nicht aus der Landwirtschaft? Die Industrie hat die Landflucht geschaffen, welche seit den

Die Weltproduktion von Kupfer und Zink im April und Mai 1924

	Kupfer		Zink	
	Mal	April	Mal	April
	In 1000 short tons			
Weltproduktion nach amerikanischen Quellen	120,7	128,4	104,9	102,9
Davon entfallen auf:				
Ver. Staaten	77,1	79,15	49,7	48,9
Belgien			15,8	15,5
Deutschland			5,7	5,8
Poln.-Oberschlesien			9,2	8,9
Mexiko	2,3	2,5		
Kanada	2,5	1,59		
Chile und Peru	18,6	17,4		
Japan	6,0	6,0		
Australien	1,5	0,89	4,2	4,1
Europa	8,7	9,3		
Belg. Kongo	8,86	7,56		
Rhodesia	0,25	0,2		
Übrige Länder	3,9	3,9	20,2	19,8

Verbandsgebiet

Bezirkskonferenz Groß-Berlin.

Am 8. August fand eine Bezirkskonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes Groß-Berlins, zu welcher mit Ausnahme von Oberschöneweide alle Gruppen ihre Vertreter entsandt hatten, unter Leitung des Kollegen Kreil, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, statt.

Zunächst wurde des verstorbenen Mitglieds Johann Fieger erhehend gedacht.

Dann erstattete der Geschäftsführer Minter den Kassenbericht und anschließend den Geschäftsbericht für die Monate Mai und Juni. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß die Gruppe Berlin SO. und Oberschöneweide die Mitgliedsbücher bzw. Karten zu dem im Juni vorgenommenen Revision noch nicht vorgelegt haben. Zwecks Übertragung der geleisteten Mitgliedsbeiträge in die Bürokassentafel sollen monatlich auch die Abrechnungszettel eingelebt werden.

Nachdem dem Geschäftsführer Entlastung erteilt war, wurde ein Bericht über die Arbeitsmarktlage gegeben. Aus diesem ging hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen seit Wochen in ständigem Ansteigen begriffen ist und die Geschäftsleitung die Mitglieder wiederholt durch Rundschreiben vor leichtfertiger Aufgabe der Arbeitsstellen gewarnt hat. Besonders schwer ist es, Schlosser in Arbeit zu bringen. An den vielen zurzeit stattfindenden Streiks ist der Verband mit einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern beteiligt.

Es folgte dann ein Vortrag des Kollegen Kreil über „Wohnungsnot und Hauszinssteuer“. Die sich daran anschließende Aussprache bezog sich stark auf die mit den Zöllen verbundene wirtschaftliche Belastung der Arbeiter. Dabei wurde gegenüber den in der Presse aufstrebenden Verfechtern der Zölle auf die bodenpreiserhöhenden Auswirkungen hingewiesen, durch welche die heimischen Rohstoffe und die Lebenshaltung des Volkes verteuert, der Industrie die Existenz und der Wohnungsbau und die Ansiedlung erschwert werde. Der Vorschlag der Zollverfechter, einen Ausgleich für die solcher Art zustandekomene Erhöhung durch Lohnerhöhung herbeizuführen, möge gut gemeint sein. Er vertrat aber einen Mangel an logischem volkswirtschaftlichen Denken. Die Durchführung des Vorschlages führe bei der Einstellung der Unternehmer zu schweren, die Wirtschaft erschütternden und die Interessen der Arbeiter wie auch die Finanzen der Verbände schädigenden Kämpfen. In der Frage der Hauszinssteuer wurde folgende Entschliessung, die sowohl dem Herrn Reichsarbeitsminister wie auch dem Herrn Wohlfahrtsminister zugeandt werden soll, angenommen:

„Die Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Berlin, erhebt gegen die Art der Wendung der Mietzinssteuer entschiedensten Protest. Als der Gebante der Erlassung des Unterchiedes zwischen gewöhnlicher Miets- und Friedensmiete in die Praxis überführt wurde, war allgemein daran gedacht, die aufkommenden Beiträge zur Behebung der Wohnungsnot zu verwenden. Die Mietzinssteuer hat im Laufe der Zeit und wiederum in den letzten

achtziger Jahren einen solchen Umfang angenommen hat, daß die Landwirtschaft seit dieser Zeit unter einem ganz bedeutenden Leutenmangel leidet und diesen Bedarf aus dem Ausland zu decken gezwungen ist. Dazu kam ein folgendes: Unter der Einwirkung der stark vermehrten Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten war der Preis derselben fortgesetzt gestiegen, so daß der Landwirtschaft hohe Einnahmen und Gewinne erwachsen waren. In der Annahme, daß die Preisbildung die eingeschlagene Richtung weiter verfolgen würde, waren nun Bewertung, Markt, Erwerbspreise und Belastung der landwirtschaftlichen Besitzungen weit über den wahren Wert gestiegen. Als darauf in den 80er Jahren der Rückschlag einsetzte, da hatte die Wertüberhöhung jene starke Verschuldung der Landwirtschaft zur Folge, unter welcher dieselbe bis zur Inflation als das Grundübel zu leiden hatte. Hierin liegt nicht zuletzt ein Grund für die hohen deutschen Getreidepreise und das so dringende Bedürfnis nach „Schnitzholz“. Die starke Verschuldung und der wachsende Kapitalbedarf, sei es für Anschaffung und Ergänzung der Maschinen, für nebenbetriebliche Anlagen, für Bodenverbesserung, Pflege der Saat usw. haben naturgemäß die Betriebskosten sehr verteuert und dadurch die Konkurrenzfähigkeit mit denjenigen Völkern, deren Landwirtschaft jenen hohen Kapitalaufwand noch nicht gebrauchen, stark beeinträchtigt.

Anderes die Industrie. Schon um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts begann sich die Nachfrage nach Industrieprodukten stark zu heben. Die wachsende Bevölkerungskonzentration in den Städten führte zu einer fortgesetzten Ausdehnung derselben. Dadurch entstand eine lebhafteste Bautätigkeit im privaten und öffentlichen Häuserbau, dem Straßen-, Brücken-, Wasser-, Chauffee-Bau und eine wachsende Nachfrage nach Baumaterialien und sonstigen mit dem Bauwesen verbundenen Industrieprodukten. Diese Nachfrage übte ihrerseits Wechselwirkungen auf die Entwicklung der verschiedenen Industrien aus, auf die Hüttenindustrie, die Eisenindustrie, die Holzindustrie, die Industrie der Steine und Erden. Die Einrichtung der Neulütten kam zugute der Glasindustrie, der Papier-, Farb-, Möbel-, Teppich-, Ofen-, Porzellan-, Kleinleinen-, Industrie, der Industrie der Beleuchtungsröhren usw. Berücksichtigen wir, daß sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches in der Zeit von 1800—1850 verdoppelt und bis zum Kriege sogar verdreifacht hatte, so können wir uns einen Begriff davon machen, welche Nachfrage allein die Wechselwirkung zwischen Bevölkerungszuwachs und Bautätigkeit auf die Entwicklung der Industrie ausgeübt haben muß. Die Industrie erfährt eine glänzende Entwicklung. Der Großbetrieb wurde zur vorherrschenden Betriebsform. Je größer aber die Unternehmen wurden, desto größer wurde der Kapitalbedarf. Der Beschaffung derselben diente einmal die Form der Gründung von Aktiengesellschaften und die damit verbundene Ausgabe von Aktien, Obligationen und anderen Schuldverschreibungen, und als

Die Arbeit für den Verband

muß nicht nur Ehrensache jedes christlichen Metallarbeiters sein, sie ist auch ein Gebot der Klugheit :: :: und ein Akt vorausschauender Weisheit. :: :: Jeder überzeugte und kluge christliche Metallarbeiter stellt deshalb seinen Mann in der Hausagitation.

Tagen eine außerordentliche Erhöhung erfahren. Trotz der ungeheuren Wohnungsnot, welche das Familienleben der Betroffenen gefährdet, fittlich und bevölkerungspolitisch fürchterliche Folgen nach sich zieht, und mangels genügender Bautätigkeit wesentlich zur herrschenden Arbeitslosigkeit beiträgt, werden die aufkommenden Steuerbeiträge nur zu einem geringen Teil zur Förderung des Wohnungsbauens, überwiegend dagegen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes, verwendet.

Es ist für die Arbeitererschaft ein unerträglich Zustand, daß sie, obwohl sie einen viel größeren Anteil vom Einkommen für Wohnungsmieten zu zahlen hat als die Bemittelten, durch Mietzinssteuer neben der Belastung durch Umsatzsteuer, Zölle und restlose Erfassung ihrer Einkommen durch Lohnsteuer, überwiegend und verstärkt die Steuerlasten aufbringen soll. Dieses Steuerrecht ist um so schlimmer, als es sich gegenüber den kinderreichen Familien am brutalsten auswirkt und jedem christlichen Empfinden widerspricht. Ohne sich zur Höhe der Mietzinssteuer äußern zu wollen, wird gefordert, daß die Erträge ausschließlich zur Beschaffung von Wohnungen Verwendung finden und der allgemeine Finanzbedarf aus anderen Quellen gedeckt wird.“

Zur Aussperrung im Tarifgebiet Warstein-Belade.

Heute, wo die Industriellen sich den Rang abzulaufen schelen, in möglichst krasser Form den Wirtschaftsfrieden zu stören, darf natürlich der „Arbeitgeberverein für das südöstliche Westfalen“ unter der Leitung des satfam bekannten Herrn Syndikus Bergert von Schal nicht zurückbleiben. Am 4. Juli d. J. wurde der Gesamtschlichter der Warstein-Belader Werke durch Anschlag zum 18. Juli gekündigt mit dem Bemerkten, daß diejenigen Kollegen, welche sich bereit erklärten, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten, sich auf dem Bilito melden sollten. Daß natürlich bei einer zu 98 Prozent organisierten Arbeitererschaft keiner auf den Reim trock, war selbstverständlich. (Das gratis zugestellte gelbe Wertvereinsblattchen hat also doch bei den Kollegen nicht gezogen.) Seit dem 18. Juli liegen also annähernd 1000 Kollegen mit 3000 Familienangehörigen auf der Straße. Der Vertreter der Unternehmer, Herr von Schal, bringt es noch fertig, dieses unerhörte Vorgehen in einem Schreiben an die Gewerkschaften als eine soziale nationale Tat zu bezeichnen.

Der Kündigung liegen folgende Ursachen zugrunde: Am 1. Juni wurde zum 30. Juni der Tarifvertrag gekündigt und Lohnforderungen, in der Spitze von 4 3/4 pro Stunde und die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche, gefordert. Die Arbeitgeber lehnten jede Verhandlung ab, weil sie einfach nichts geben könnten. Die Gewerkschaften riefen darauf den Schlichtungsausschuß Arnsberg an, welcher den Verhandlungstermin auf den 3. Juli festsetzte. Es wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Die Grundlöhne werden mit Wirkung vom 1. Juli um 5 Prozent erhöht, die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 56 Stunden (früher 57) in der Woche. Sowie nach Bekanntgabe des Spruches erklärte Herr von Schal: „Wir lehnen den Schiedsspruch ab.“ Die Arbeitererschaft nahm den Spruch an. Am andern Morgen 9 Uhr (die Kollegen waren von dem Spruch noch nicht unterrichtet) prangte an allen Ecken der Werke der Ufas, der die Kündigung enthielt. Von den Kollegen wurde die Sache in aller Ruhe behandelt und die Verbindlichkeitsklärung beim Staatskommissar in Dortmund beantragt. Der Termin für die Einigungsverhandlungen wurde sehr lange, bis zum 22. Juli, hinausgeschoben, wo die Arbeitererschaft schon längst auf der Straße lag. Zu einer Einigung kam es nicht. Der Schlichter unterbreitete den Parteien folgenden Vorschlag: Der Schiedsspruch vom 3. Juli wird anerkannt mit der Maßgabe, daß die Zahlung der erhöhten Löhne nicht ab 1. Juli, sondern vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit zu erfolgen hat. Auch diesen Vorschlag lehnten die Arbeitgeber ab, während die Arbeitererschaft die Annahme erklärte. Die nun zu er-

Bermittlungsstelle die Banken. Es entstehen die Gründungsbanken, Hypothekendarlehen, Gemeindeforderungen, Banken für Handel und Industrie usw. mit dem Ziel Industrie und Handel das notwendige Kapital aus den Einzelwirtschaften der Volkswirtschaft zu vermitteln und für die Flüssigkeit des Geld- und Kreditwesens Sorge zu tragen. Parallel mit dem Aufschwung der Industrie geht also auch die Entwicklung des Bankwesens. Ein anderer Weg führt von der Industrie zum Handel mit Industrieprodukten. Nicht alle Länder der Welt sind in der Lage, alle zu ihrer Bedarfsbefriedigung notwendigen Industrie- und Landwirtschaftsprodukte selbst herzustellen, oder zu dem Preise zu fabrizieren, zu dem sie ein anderes Land kraft seiner natürlichen Voraussetzungen und seiner Entwicklung liefern kann. Denn der Verbraucher kauft immer da, wo es am billigsten ist, oder wo sich ihm die größten Vorteile bieten. So kaufte man vor dem Kriege u. a. Optische Apparate und Chemikalien in Deutschland, Textilwaren in England, Wäsche in Frankreich, landwirtschaftliche Maschinen in Amerika usw. Die Preisbildung dieser internationalen Handelsprodukte ist das Ergebnis aus dem internationalen Bedarf, dem Angebot der einzelnen Volkswirtschaften und anderen Einflüssen. Sie vollzieht sich auf den Warenbörsen. Z. B. in Bremen und Liverpool für Baumwolle, London für Kohle; Brüssel, Glasgow, London, New York: Eisen, Magdeburg und Prag für Zucker usw. Wie sich diese Vorgänge im einzelnen abspielen, werden wir später sehen.

Das mit der Ausbreitung des Kartellwesens verbundene, und nicht zuletzt als Folge davon beginnende Anwachsen der Industrien kommt zum Teil in der Neugründungszahl von Unternehmungen zum Ausdruck. Zu einem anderen Teil aber in anderen, neuen Formen. Nehmen wir zur Illustration des Folgenden die Hüttenindustrie: Man baut ein Werk auf, entweder auf dem Eisen, oder auf der Kohle. Nichts ist natürlicher als daß ein Werk mit großer Kohlebasis den Versuch unternimmt, sich eine entsprechende Erzebasis zu erwerben (Stinnes) und die Weiterentwicklung (Löhne Montan-Gesellschaft). Dieses Streben kann es nur dadurch vermeiden, daß es sich eine solche durch Kauf in kleinen Besitz bringt. Das kostet aber entweder neue Aktienausgabe oder Festlegung von festem Kapital. Beide Formen sind nicht immer im Augenblick gangbar. An ihre Stelle tritt dann die Interessengemeinschaft oder die Fusion. Nehmen wir zunächst die Interessengemeinschaft an. Dadurch, daß zwei verschiedene Unternehmen ihre Kohle- und Erzebasis zusammenlegen, entstehen beiden bedeutende Vorteile. Einmal herabgesetzt der Transportkosten, zum anderen in Bezug auf die Geschäftskunden, die Produktionsart und Güte auf den Markt und durch die beiden dichten Koll nach dem Kriege im Stinneskonzern deutlich beobachteten können; Deutsch-Lux und Geislarthien.

(Schluß folgt)

wartende Verbindlichkeitsklärung wurde zum größten Erstaunen aller Kollegen vom staatlichen Sachverständigen mit der Begründung, daß die Parteien bereits im Kampfe ständen und durch eine Verbindlichkeitsklärung der Wirtschaftsfriede wohl nicht wiederhergestellt würde. Der Arbeiter wurde also der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Aber dem gegenüber steht eine gut organisierte, aufrege Arbeiterbewegung der sauerländischen Berge, welche nicht gewillt ist, sich einem Diktat der Unternehmer oder einem „national-sozial“ eingestellten Herrn Syndikus zu beugen. Das zeigt insbesondere die gute Haltung aller Kollegen, welche nun in der vierten Woche im Kampfe stehen. Die Gewerkschaft hat den Kampf nicht gewollt, er ist in friedlicher Weise von den sich stark dunkelnden Machthabern heraufbeschworen. Wir sind aber nichtsdestoweniger bereit, den Wirtschaftsfrieden wieder herbeizuführen zu helfen, lehnen es aber nochmals ab, als Sklaven behandelt zu werden. Wir verlangen vielmehr als gleichberechtigte Faktoren in der menschlichen Gesellschaft, in der Wirtschaft und wo immer es sein mag, zur Geltung zu kommen. Wenn dieses geschieht, dann wird die Arbeitsfreudigkeit gehoben, die Produktion gesteigert und unserm so hart gepflügten Vaterlande besser gedient als durch „soziale und nationale“ Verbesserungen des Arbeitgeberjudikus Herrn von Stat. Allen Kollegen aber rufen wir zu: Startet die Reihen des Christlichen Metallarbeiterverbandes! Wenn wenn das am grünen Holz geschieht (98 Prozent organisiert), wie mag es dann dem düren ergeben! Vorläufig ist ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen; es muß also durchgehalten werden bis zum guten Ende.

Siegelerband. Der Christliche Metallarbeiterverband hatte am Sonntag, dem 9. August, die Knappheitsmitglieder aus der Metallindustrie zu einer Knappheitsversammlung in den Gasthof Wangel eingeladen. Zu dieser Versammlung waren aus allen Mitgliedsvereinen zahlreiche Delegierte erschienen, außerdem waren fast sämtliche Knappheitsämter anwesend. Der Leiter der Versammlung, Gewerkschaftssekretär Haas, erläuterte zunächst den Zweck der Versammlung. Die vermeintlichen Fehler und Mängel, an denen in den Betrieben fortwährend Kritik geübt wird, sollen hier an zuständiger Stelle behandelt werden, damit die Kassen und Vorstandsmitglieder von den Klagen und Beschwerden Kenntnis nehmen und an der richtigen Stelle auf Abhilfe drängen können. Des weiteren soll die Versammlung noch einmal mit Nachdruck feststellen, daß die Metallarbeiter gegen ein eventuelles Ausweichen aus der Knappheit, wie es in der neuen Novelle angedeutet wird, entschieden protestieren. Des weiteren aber sollte über das Reichsknappheitsgesetz selbst und die in der neuen Novelle enthaltenen Verbesserungen bzw. Verschlechterungen Bericht erstattet werden. Hierzu war der Vertrauensmann der Bergarbeiter bei der Verwaltung der Siegener Knappheit, Kollege Oswald Sauer, gewonnen worden, der darauf das Wort nahm. In ausgezeichneter Weise erfüllte der Referent diese Aufgabe in etwa einengangsständigen, zusammenfassenden Vorträgen. Der Redner wies auf die zahlreichen Schwierigkeiten hin, die sich bei der Durchführung des Reichsknappheitsgesetzes herausgestellt hatten. Die in der Novelle vorgesehenen Änderungen wurden von ihm sachlich und gründlich besprochen. Zum Schluß richtete auch er die Bitte an die Metallarbeiter, sich durch nichts in ihrem Festhalten an der Knappheitsversicherung beeinträchtigen zu lassen. Gleichzeitig aber wies er auch darauf hin, daß der zuverlässigste Hüter der Rechte der Bergarbeiter die gewerkschaftliche Organisation sei und daher die Stärkung dieser das erste und vornehmste Gebot sei. Die Versammlung quittierte diese trefflichen Ausführungen mit reichem Beifall.

An der nunmehr folgenden, sehr angeregten Aussprache beteiligten sich vornehmlich die Knappheitsältesten aus der Metallindustrie, sowie der Vertreter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Gewerkschaftssekretär Julius Beldorf. Es wurde dann noch beschlossen, derartige aufläuternde und belehrende wirkende Versammlungen des öfteren und in gewissen Zeitabständen zu veranstalten und darauf die nachstehende Entschliessung, die namentlich auch den Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags zugestellt werden soll, einstimmig angenommen.

Entschliessung:

Die heute im Gasthof Wangel tagende und von allen Knappheitsmitgliedsvereinen zahlreich besuchte Versammlung erklärt nach reichhaltiger Aussprache erneut, daß sie an der Mitgliedschaft derjenigen metallgewerblichen Betriebe, die bisher der Knappheit angehören, auch in Zukunft unbedingt festhält. Sie verlangt jedoch entschieden, daß der in der Behandlung bei Spezialdisziplinärverfahren nach Par. 26 R. G. zwischen Mitgliedern aus dem Bergbau und der Metallindustrie kein Unterschied gemacht wird.

Gleichzeitig ermahnt die Versammlung ihre Vertreter, in den Knappheitsorganen mit aller Energie darüber zu wachen, daß die Beiträge nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus festgesetzt und im Reichsknappheitsverein einheitlich geregelt werden, damit die Bezeichnung unserer Knappheit als Kostensgebiet verschwindet.

Die früheren Mehrleistungen, wie Familienversicherung, freie Arznei und ärztliche Behandlung aller Knappheitsinvaliden usw. müssen baldigst wieder eingeführt werden.

Von unseren Vertretern im Reichstag erwarten wir, daß sie jede Verschlechterung abwenden, damit die in den Knappheitspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter eine Versicherung erhalten, die der von ihnen geleisteten gefährlichen und gesundheitsgefährlichen, aber für unser Volk und Vaterland so bedeutenden Arbeit entspricht.

Geldeingänge

Geldeingänge im Monat Juli.

- Aalen 9. 7. 438,49 Mark, 20. 7. 535,12 Mark, Ulmen 10. 7. 600 Mark, 17. 7. 1700 Mark, Wörzburg 21. 7. 159,11 Mark, Amberg 22. 7. 1750 Mark, 31. 7. 296,36 Mark, Lue 17. 7. 84,78 Mark, Augsburg 8. 7. 2300 Mark, 30. 7. 2000 Mark, Barmen 15. 7. 500 Mark, 24. 7. 200 Mark, 27. 7. 200 Mark, Beleda 20. 7. 74,04 Mark, Berlin 24. 7. 1080,87 Mark, Bernburg 22. 8. 49 Mark, Biedorf 30. 7. 230 Mark, Bielefeld 28. 7. 772,10 Mark, Biberach 9. 7. 18,95 Mark, Bocholt 21. 7. 600 Mark, Bochum 2. 7. 75 Mark, 15. 7. 708,07 Mark, 17. 7. 600 Mark, Bonn 17. 7. 250 Mark, 18. 7. 70 Mark, Brandenburg 21. 7. 155,83 Mark, Bremen 1. 7. 100 Mark, 21. 7. 140 Mark, Bremerhaven 20. 7. 16,70 Mark, Breslau 13. 7. 275 Mark, 29. 7. 364,12 Mark, Briesg 8. 7. 34,15 Mark, Chemnitz 10. 7. 339,65 Mark, Krefeld 15. 7. 1682,77 Mark, Clausthal 9. 7. 19,56 Mark, Dillenburg 6. 7. 1000 Mark, 22. 7. 590 Mark, Dortmund 7. 7. 600 Mark, 13. 7. 1000 Mark, 16. 7. 100 Mark, 15. 7. 580 Mark, Duisburg 8. 7. 300 Mark, 16. 7. 1981,70 Mark, Düren 28. 7. 1300 Mark, Düsseldorf 11. 7. 1400 Mark, Eismeer 27. 7. 442 Mark, Eisen 4. 7. 1200 Mark, 30. 7. 2499,10 Mark, Eulna 15. 7. 38,82 Mark, Frankfurt 27. 7. 650 Mark, Freiburg 4. 7. 27,23 Mark, Gießen 9. 7. 1000 Mark, Hünneberg 16. 7. 131,51 Mark, Jura 19. 7. 285,85 Mark, Niederrhein 3. 7. 56 Mark, Gelsenkirchen 15. 7. 577,40 Mark, St. Georgen 27. 7. 70,70 Mark, Hildesheim 8. 7. 150 Mark, 9. 7. 1000 Mark, 15. 7. 700 Mark, Gladbach 1. 7. 926 Mark, Gleiwitz 27. 7. 200 Mark, Gölitz 13. 7. 82,25 Mark, Gotha 15. 7. 69,60 Mark, Göttingen 2. 7. 68,07 Mark, 31. 7. 55,55 Mark, Grembitz 16. 7. 125 Mark, 25. 7. 300 Mark, Groppe 20. 7. 305,90 Mark, Güttenbach 13. 7. 229,15 Mark, 27. 7. 150 Mark, Hagen 16. 7. 800 Mark, 21. 7. 1092,54 Mark, 23. 7.

- 105 Mark, 28. 7. 300 Mark, 30. 7. 700 Mark, Hamborn 15. 7. 1005 Mark, Hamm 3. 7. 150 Mark, 22. 7. 80 Mark, 17. 7. 700 Mark, 27. 7. 404,03 Mark, Hamburg 21. 7. 40,72 Mark, Hannover 15. 7. 160 Mark, Eschborn 20. 7. 29,34 Mark, Heiligenstadt 15. 7. 95 Mark, Hilden 20. 7. 918 Mark, Hildesheim 15. 7. 400 Mark, Hildesheim 27. 7. 160 Mark, Högler 16. 7. 60,70 Mark, Hunsrück 8. 7. 547,95 Mark, Jauer 29. 7. 44,30 Mark, Jüngelstadt 9. 7. 294,75 Mark, Jülich 23. 7. 800,76 Mark, 23. 7. 43,45 Mark, Karlsruhe 21. 7. 96,15 Mark, Kempen 18. 7. 150 Mark, 18. 7. 100 Mark, Kiel 30. 7. 700 Mark, Köln 24. 7. 1049,79 Mark, Königsberg 24. 7. 9,09 Mark, Konigsberg 13. 7. 31,10 Mark, Kücking 9. 7. 84,60 Mark, Lamsdorf 20. 7. 57,80 Mark, Lauchertal 17. 7. 110 Mark, Leipzig 1. 7. 222,52 Mark, 16. 7. 2400 Mark, 16. 7. 400 Mark, 30. 7. 104,73 Mark, Lengfeld 21. 7. 8,16 Mark, Lippstadt 9. 7. 150 Mark, 23. 7. 200 Mark, 17. 7. 700 Mark, 28. 7. 300 Mark, 30. 7. 500 Mark, Lörzsch 20. 7. 38,50 Mark, Lübeck 14. 7. 23,50 Mark, Lüdenscheid 13. 7. 109 Mark, 22. 7. 400 Mark, 23. 7. 169,05 Mark, 28. 7. 150 Mark, Ludwigshafen 18. 7. 873,92 Mark, Mannheim 9. 7. 150 Mark, 9. 7. 200 Mark, 13. 7. 150 Mark, Marktreuth 9. 7. 113,20 Mark, Meisen 9. 7. 53,30 Mark, Meimann 14. 7. 500 Mark, Mollath 13. 7. 161,80 Mark, Mühlheim 7. 7. 3200 Mark, 15. 7. 890,80 Mark, München 15. 7. 247,40 Mark, 21. 7. 1000 Mark, Rehm 21. 7. 1330 Mark, 24. 7. 1200 Mark, Reize 23. 7. 51,20 Mark, Neurede 13. 7. 7,65 Mark, Neuzell 1. 7. 441,15 Mark, Newick 8. 7. 250 Mark, 17. 7. 150 Mark, Nekarsum 18. 7. 206,22 Mark, Nürnberg 15. 7. 450 Mark, 22. 7. 400 Mark, 29. 7. 600 Mark, Oberreithstadt 18. 7. 142,13 Mark, Oberreith 9. 7. 128,70 Mark, Offenbach 6. 7. 250 Mark, 15. 7. 150 Mark, 22. 7. 150 Mark, Oster 28. 7. 211,16 Mark, Olpe 25. 7. 1716,59 Mark, Osnabrück 18. 7. 1124,58 Mark, Osberg 4. 7. 700 Mark, 27. 7. 576,93 Mark, Papenburg 29. 7. 101,24 Mark, Peine 15. 7. 160,78 Mark, Plettenberg 9. 7. 400 Mark, 23. 7. 60,65 Mark, Primmtenau 18. 7. 62,80 Mark, Rasthof 10. 7. 36,10 Mark, Radolfzell 15. 7. 70,90 Mark, Ravensburg 17. 7. 130,45 Mark, Regensburg 13. 7. 100 Mark, 17. 7. 100 Mark, 25. 7. 110 Mark, Remscheid 16. 7. 343 Mark, 20. 7. 425,68 Mark, Rößel 16. 7. 8,20 Mark, Rottenburg 14. 7. 200 Mark, 22. 7. 136,31 Mark, Saalfeld 20. 7. 52,67 Mark, Schönaich 20. 7. 76,24 Mark, Schönwald 13. 7. 48,72 Mark, Schramberg 27. 7. 100

Sozialpolitik durch Produktionspolitik

von Bruno Rauecker muß jeder Vertrauensmann lesen.
Es ist das beste Material in wirtschaftlichen Kämpfen.
Preis 1.— Mk. Steif gebunden 80 Seiten. Zu bestellen

ECHO-VERLAG DUISBURG oder Zentrale Stapelför 17

- Mark, Schweidnitz 15. 7. 39,40 Mark, Schweinitz 31. 7. 2252,94 Mark, Schwelm 7. 7. 350 Mark, 10. 7. 350 Mark, 16. 7. 184,10 Mark, 27. 7. 400 Mark, Schwanenried 2. 7. 56,55 Mark, Schwenningen 20. 7. 85,35 Mark, Siegen 17. 7. 1350 Mark, 24. 7. 850 Mark, 24. 7. 263,09 Mark, Solingen 15. 7. 2644,58 Mark, 15. 7. 98,00 Mark, Sommerda 15. 7. 52,73 Mark, Stolberg 20. 7. 751,22 Mark, Stuttgart 27. 7. 777,20 Mark, Trierberg 17. 7. 92,95 Mark, Trier 18. 7. 150 Mark, Troisdorf 9. 7. 627,00 Mark, 16. 7. 500 Mark, Tullingen 23. 7. 140 Mark, 28. 7. 160 Mark, Ulm 13. 7. 500 Mark, 14. 7. 5 Mark, Weibert 23. 7. 1108,17 Mark, Wiblingen 23. 7. 323,25 Mark, Wöhrenbach 11. 7. 144,50 Mark, Waldkirch 3. 7. 67,75 Mark, 28. 7. 116 Mark, Warstein 6. 7. 246,61 Mark, Weingarten 17. 7. 220,20 Mark, Weisburg 14. 7. 56,32 Mark, Werboth 13. 7. 119,20 Mark, 23. 7. 34,35 Mark, 13. 7. 350 Mark, 24. 7. 500 Mark, Witten 15. 7. 497,20 Mark, Wormditt 1. 7. 6,60 Mark, 22. 7. 5 Mark, Würzburg 20. 7. 98,15 Mark, Würde 15. 7. 995,28 Mark.

Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 23. August, ist der 35. Wochenbeitrag fällig.

Kartelle - Syndikate - Trusts

Dr. K. Die Geschichte der Konzentrationsbewegung der Wirtschaft beginnt im Ausgang des 19. Jahrhunderts. Dieser Bewegung voraus geht, anfangs um die Mitte des Jahrhunderts, ein wirtschaftlicher Gärungsprozess, dessen Ursachen in dem Drang der aufstrebenden Industrien nach Erfassung und Ausbarmachung der sich überfließenden technischen Neuerungen, nach Kapitalbeschaffung und Eröberung der Absatzgebiete lagen, welches Stroben sich im Zeichen kraßen wirtschaftlichen, von staatlicher Aufsicht losgelassenen Kapitalismus, propagandiert vor der Weltöffentlichkeit durch die Lehre des Manchesterismus vollendete. Die Folge davon waren ungeheure Konkurrenzkämpfe, Verdrängung und Vernichtung der schwächeren Wirtschaftseinheiten durch die stärkeren, Wirtschaftskampf aller Unternehmer gegen alle. Wie sich die Folgen dessen auf die Ruhrindustrie niederschlugen, erhelle aus einigen Beispielen: Die Hütte Phönix mußte großer Verluste halber bereits zu Anfang der 60er Jahre ihr Aktienkapital von 18 Millionen auf 1,8 Millionen Mark reduzieren, die Rheinischen Stahlwerke mußten von 4 Millionen Mark Aktienkapital auf 400 000 Mark heruntersetzen. Noch schlimmer erging es der Dortmunder Union, welches Wert im wenigen Jahrzehnten 73 Millionen Mk. verlor, dessen Arbeiterzahl von 12 000 auf 6000 Mann kam, und dessen Löhne im Jahre 1877 von 1400 Mk. auf 974 Mk. pro Kopf fielen. In diesem Niedergang war ein großer Faktor auch die ausländische Konkurrenz. Belgisches Roheisen kostete 1852 pro Tonne 56,40 Mk., während Siegerländer Eisen nicht unter 90 Mk. zu liefern war. Im Jahre 1872 kostete die Tonne Stabeisen ab Dortmunder Union 360 Mk., Eisenbahnstahlfäden 324 Mk. Im Jahre 1879 waren die Preise auf 126 Mk. gesunken. Es ist ohne Zweifel, daß unter der Einwirkung zunehmenden Bedarfs solche Zustände auf die Dauer untragbar waren, und zu qualvollen ruhigeren Entwicklungsströmungen überwinden werden mußten. Diese neue Epoche setzte zu Ende der 80er Jahre ein, wo der Zwang nach Preisbereinigung zu Zusammenstößen drang. Es entstanden in kneller Folge ein Kohlenindustriell, ein Schienenkartell, Walzwerksverbände, Träger und Blechwerke, ein Walzdrahtsyndikat, Groß- und Feinblechverbände usw. — kurz; es erfolgt die Reaktion auf die bis dahin herrschende wirtschaftliche Planlosigkeit. Waren auch diese ersten Zusammenschlüsse an sich nicht von Dauer, und scheiterten sie vielfach an den entgegengesetzten Interessen der einzelnen Unternehmer, so entstanden doch wieder neue lebensfähigere Formen, derart z. B. wie wir sie heute im Roheisen-Verband, Kohlenindustriell und dem Kaliumindustriell usw. vor uns sehen — denn: Die Wirtschaft bedurft des Zusammenstößes, und dieser Bedarf war stärker, als daß ihr sonderbündlerischer Unternehmenswille mit Erfolg hätte entgegenzutreten können. Hier liegt ja gerade die Voraussetzung für den Zusammenstoß überhaupt.

In der modernen Zusammenschlußbewegung haben wir nun zwei Richtungen von einander zu scheiden: Die eine Richtung zielt auf die Vereinigung mehrerer Unternehmungen, um die Stellung der einzelnen Unternehmung auf dem Markte zu verbessern, den Wettbewerb auszuhalten oder doch wenigstens stark einzuschränken. Diese Vereinigungen, Kartelle, schaffen keine Großunternehmungen an sich, sondern erstrecken sich darauf, den zusammengefügten Unternehmungen Vorteile im allgemeinen Wirtschaftsverkehr zu bieten. Die zweite Richtung ist dadurch gekennzeichnet, daß entweder mehrere Unternehmungen durch gemeinsame Kapitalbeteiligung sowie in anderer Form finanziell zu Interessengemeinschaften vereinigt wurden oder weitergehend eine vollständige Verschmelzung mehrerer Unternehmungen miteinander durchgeführt wird. Hier entsteht also eine neue Großunternehmung durch Vereinigung, aus früher schon vorhandenen selbständigen Unternehmungen — die Trusts.

Die Kartelle sind Vereinigungen an sich selbständigen Unternehmungen welche durch gemeinsame Regelung der Produktion und des Absatzes die Konkurrenz unter sich auszuhalten trachten. Sie treten auf entweder als Unternehmerverbände — Roheisenverband, Stahlwerksverband — oder als Syndikate: Kohlenindustriell, Kaliumindustriell. Ihre Grundlage ist die wirtschaftliche Erkenntnis, daß eine Industrie nur dann stark wird, wenn sie sich in ihrem inneren Aufbau keine Konkurrenz macht und die Interessen der einzelnen Unternehmungen weit mehr gefördert werden, wenn sie sich über Absatzverteilung und Preisverteilung einigen, als sich untereinander. Als zweites führt der Zwang nach steigender Preislegierung anstehenden Kapitals in den einzelnen Unternehmen zu erschwerterem Ausatzen unwirksamer Konkurrenz für den Einzelnen, und drängt ihn zum Zusammenstoß mit eben einer gewissen Gleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erzielen. Endlich wird bei anwachsendem stehenden Kapital (Maschinen, Anlagen usw.) eine merkliche Gleichmäßigkeit der Produktion innerhalb der einzelnen Produktionsgruppen erzielt, was die Vereinbarungen über Preisverteilung und Absatzverteilung bedeutend erleichtert. Dementsprechend können wir in der allgemeinen Kartellbildung auch vier Hauptarten unterscheiden: An erster Stelle stehen diejenigen, welche einen allgemeinen Preisvereinbarung darstellen. Diese sind zum Teil es einmal durch gemeinschaftliche Preisverteilung für einen bestimmten Zeitraum, andererseits einen Monat, der Wirtschaftslage angepaßte Preise festsetzen — so die Roheisen und Kohlenindustrie —, dieselben möglichst stabil zu erhalten, bei Preis-

gender Konjunktur eine Erhöhung so lange wie möglich hinauszuschieben. — Die zweite Kartellform erstreckt sich auf die Verteilung der Absatzgebiete unter die Unternehmungen einer Gattung. So wird z. B. das Deutsche Reichsgebiet in eine bestimmte Zahl von Wirtschaftsgebieten zerlegt, von denen jedes einzelne Gebiet von dem im Verhältnis zu demselben günstigsten gelegenen Kartellunternehmen beliefert wird. Und zwar auch und von einer bestimmten Zahl, welche dafür Monopolstellung eingeräumt bekommt. Die anderen Unternehmungen des Kartells dürfen in dieses Gebiet nicht liefern. Bei einer solchen Absatzorganisation kann nach den Prinzipien der Zweckmäßigkeit nicht nur der Wettbewerb unter den kartellierten Unternehmungen ausgeschlossen werden, sondern können sich auch die einzelnen Unternehmungen auf einen verhältnismäßig gleichmäßigen und normalerweise auf sicherem Bedarf einstellen. — Eine andere Art der Kartellierung ist das Produktionskartell. Dieses fußt auf folgendem Prinzip: Die Erzeugung der Einheiten der Industrie wird auf den Durchschnitt einer Reihe von Jahren berechnet und unter Zugrundelegung dieser Ergebnisse eine Gemeinschaft ins Leben gerufen, welche durch Regelung der Produktion das Angebot an Waren und so den Preis derselben beeinflussen kann. Mehr als den festgelegten Anteil darf dabei die einzelne Unternehmung nicht herstellen. Der Absatz der Erzeugnisse erfolgt dann entweder in eigener Verkaufsabteilung der Werke und in ein zu gewöhnliches Gebiet nach festgelegten Preisen, oder sie werden an das Kartell verkauft, von diesem auf den Markt gebracht und der Gewinn des Kartells den Anteilen der Unternehmungen entsprechend auf die Einheiten verteilt. Im letzteren Falle geht dann das Produktionskartell in die Form des Betriebskartells über. — In der Wirtschaft finden sich die verschiedenen Kartellarten naturgemäß nebeneinander und in Kombination. So ist der Roheisenverband in Essen ein gemischtes Kartell, das die gesamte deutsche Hüttenindustrie kartelliert, jedem Werke eine Anteilsspanne einräumt, Preisfestsetzungen gibt, den Werken Absatzgebiete zuweist und so die Absatzverhältnisse zum In- und Ausland reguliert. Als Verkaufsorganisation arbeitet der Verband mit einem Stab von Vertretern für seine Werke, welche aber auch ihrerseits nur vom Verband kaufen können. Dieser wiederum darf vertragsmäßig keine eigenen Lieferverträge machen, sondern muß dieselben entsprechend den Anteilen zu Jahresfrist an seine Teilnehmer auswirken.

Die Hauptaufgabe der Kartelle besteht also in der Regulierung des Wirtschaftsverkehrs. Diese Regulierung hat aber eine Voraussetzung: es ist die Notwendigkeit, daß der allergrößte Teil der in einer Industrie bestehenden Unternehmungen dem Kartell angehört. Ist dies der Fall, dann können die Kartelle auf beiden Seiten — Erzeugern und Verbrauchern große Vorteile gewähren. Einmal durch die Stabilität der Preise eine Gleichmäßigkeit in der gesamten Produktionsentwicklung vermitteln, dann aber auch durch die Produktionsregulierung der Wirtschaft allmählich immer mehr jene Planlosigkeit nehmen, welche an sich zu Krisen, Arbeitslosigkeit und Preisstößen führt. Ferner können sie durch Senkung der Auslandspreise die überflüssigen Erzeugnisse ins Ausland absetzen lassen, ohne einen Preisverlust auf dem Inlandsmarkt zu erzeugen, und so dessen Gleichmäßigkeit zu unterstützen. Aber sie bergen auch die Gefahr, daß sie monopolartigen Charakter wird, also je weiter sie den Markt beherrschen, je die Inlandspreise hoch treiben, so den Großhandel bereits verteuern und den letzten Käufer zu den höchsten Preisen zu hohen Kaufpreisen zwingen. Dadurch tritt dann eine Senkung der allgemeinen Kaufkraft zur Lebenshaltung ein, und wird volkswirtschaftlich das Gegenteil erreicht von dem, was erreicht werden soll. Eine zweite Gefahr liegt in der Senkung der Auslandspreise. Wir kennen Fälle, in denen man deutsche Waare billiger in Holland kaufte, als direkt von der Fabrik, die dem betreffenden Verbraucher benachbart lag. So kam es weiter vor, daß man von Amerika Eisenwaren nach Europa verschickte, sie dann wieder zurückbrachte, und trotz der doppelten Zölle und Transportkosten jene billiger beziehen konnte, als direkt vom Drahtwerk. Als Gegenstück dazu traten anlässlich einer größeren Luftverkehrsbahn holländische Werften und Gasometerfabriken ihre Produkte aus deutschem Eisen billiger herzustellen, als deutsche Unternehmungen. Diese Nachteile gehören zwar zu den Ausnahmen, aber nicht zu den Seltenheiten. Immerhin sie sind vorhanden und können die manchen Vorteile der Kartellbewegung durch gelegentliche schwere Rückschläge sehr unangenehm beeinträchtigen. Die Vorteile sind allgemein aber größer, als die Nachteile, und sicherlich verdienten mit dem großen Aufschwung unserer Industrien zu einem sehr großen Teil der durch die Kartellierung erreichten Stabilität der Preise und der „Planmäßigkeit“ der Wirtschaft im Verhältnis zu den Zuständen der 50er bis 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

In Deutschland ist die Kartellbildung sehr weit vorange-schritten. Wir haben bedeutende Kartelle auf den Gebieten der Kohlenherzeugung und des Kohlenhandels, der Eisen- und Stahlherzeugung der Elektrizität, der Rohwollindustrie, des Petrolums der Spiritusherzeugung und der Salkwirtschaf usw. — Das Kohlenindustriell, Kohlenkartell, Roheisenverband, Stahlwerksverband, Kohlenindustriell, Kaliumindustriell usw. usw.

(Schluß folgt)